

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

11 (14.1.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegstellenanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtenthaltung des Belegplatzes, bei geschäftlicher Betätigung und bei Konturen außer Kraft tritt. Geschäftsstellen und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. D. o. S. 10. Die Anzeigen-Entnahme 8 Uhr vormittags.

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober Zulassung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gehaltlos 6mal wöchentlich ammittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Januar 1920 und 1921 o. Volksfreund-Büro: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Boden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Kolonnenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 1.

Nummer 11

Karlsruhe, Mittwoch, den 14. Januar 1931

51. Jahrgang

Deutschland und die Völkerbundsratsstagung

Amfisch wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates. Der Reichsminister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die in Genf zu behandelnden Fragen. Die über die deutsche Delegation einzunehmenden Haltung.

Der Reichsminister mochte der Besprechung nicht bei, da er an einer leichten Grippe erkrankt ist und einige Tage das Bett hüten muß.

Deutscher Kommunist aus England ausgewiesen

London, 13. Jan. (Ein. Draht). Polizeiamtlich wird mitgeteilt, daß der deutsche Kommunist Gustav Sobotta in der vergangenen Woche nach England eingereist ist. Er habe sich in das Südwaliser Grenzgebiet begeben und in einer Versammlung der streikenden Bergarbeiter eine kommunistische Rede gehalten. Sobotta habe bei seiner Einreise das Verbot abgelehnt, sich jeder politischen Propaganda zu enthalten. Er habe jedoch das Gegenteil getan und sei deshalb nach London geladen und von dort unter polizeilicher Bewachung nach Dover gebracht worden, wo er das Schiff nach Ostende habe besteigen und zurückkehren müssen.

Reichswehrsoldat und Offizier Ein Zwischenfall

EM. Münster i. W., 13. Jan. Im Hotel „Fürstenthor“ kam es heute abend in Anwesenheit zahlreicher Zivilpersonen zwischen einem Reichswehrsoldaten und einem Offizier zu einem heftigen Zwischenfall. Der Offizier hatte, um sein Aussehen zu erregen absichtlich darüber hinweggesehen, daß ihm der Soldat nicht grüßte. Nunmehr trat der Soldat an den Offizier in respektvoller Haltung heran und versuchte unter dem Vorwand: „Sie sind krank“, tätlich zu werden. Mehrere Personen sprangen hinzu und versuchten, den Soldaten zu überführen. Es gelang ihm jedoch, aus dem Hotel ins Freie zu gelangen, wo er erst nach längerer Verfolgung durch mehrere Straßen festgenommen werden konnte. Das Reichswehrkommando hat eine Untersuchung eingeleitet.

Abg. Herold gestorben

Berlin, 13. Jan. Der Zentrumsgesandte des preussischen Landtags und Reichstags, Herold, ist am Dienstag in Krefeld infolge von Malaria im Alter von 83 Jahren nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Grippe gestorben. Herold gehörte seit 1889 dem preussischen Landtag und seit 1898 dem Reichstag ununterbrochen an und spielte früher eine führende Rolle.

Stahlhelmführer Düsterberg verurteilt

Das erweiterte Schöffengericht in Landsberg a. W. verurteilte den Stahlhelmführer Oberleutnant a. D. Düsterberg wegen Verleumdung des ehemaligen Reichsinnenministers Karl Severing zu 500 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 1000 M. Geldstrafe beantragt.

Der Angeklagte hatte sich am 19. März 1930 in einer Stahlhelmsammmlung in Landsberg über die Teilnahme des damaligen Reichsinnenministers Severing an der Berliner Kundgebung am 1. März 1930 folgendermaßen geäußert:

„Es ist bedauerlich, daß der Reichspräsident neben einem so feinen Reichsminister sitzen mußte, und daß dieser marxistische Hanswurst am Abend das Volk verhetzte.“ Der angeklagte Stahlhelmführer gab zu, den Ausdruck Hanswurst gebrauch zu haben, bestritt aber die übrigen Sätze, so daß die Zeugen, drei Kriminalbeamte, ihm erst das Gedächtnis auffrischen mußten. Im übrigen wollte der Angeklagte in dem Ausdruck „Hanswurst“ keine Beleidigung sehen. In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsrat Dr. Schwinge eine erheitliche Sprache. Er verwies darauf, daß es Aufgabe der Rechtsprechung sein müsse, die Ehre der im öffentlichen Leben Stehenden zu schützen, und dies umso mehr, in einer Zeit, in der man bestrebe, die Ehre der Reichsminister anzutasten. Es habe eine Zeit gegeben, in der die Rechtsprechung diesen Grundsatzen nicht immer so befolgt habe, deshalb müsse jetzt schärfer vorgegriffen werden.

Schwere Zusammenstöße in Erfurt

Erfurt, 14. Jan. (Rundfunk der SPD.) Am Dienstag kam es hier vor der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Vels u. Co. wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitenden, Streikenden und Erwerbslosen. Als die Polizei eintraf, wurde sie mit einem Steinhaue empfangen. Ein Polizeioffizier trug eine schwere Wunde am Kopf davon. Schließlich machten die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch. Der 23jährige erwerbslose Maurer Hugo Hoffmann aus Gispersleben bei Erfurt ist tödlich getroffen zu Boden. Eine Person erhielt einen Armbruch. Die Belegschaft der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik war in den Streik getreten, weil die Werksleitung, die in dem Thüringer Metallstreik vorgelebene Lohnsenkung vorgenommen hatte. Als der Streikverbot verbindlich erklärt wurde, nahm die Hälfte der Belegschaft die Arbeit wieder auf, während die andere Hälfte fast ausschließlich Kommunisten, in dem Streik verbar. Die Arbeitslosen wurden von den Kommunisten terrorisiert, so daß es bereits am Dienstag vormittag zu Zusammenstößen kam, denen der blutige Konflikt mit der Polizei am Dienstag nachmittags folgte.

Nachverhandlungen für die Eisenbahner

Die Eisenbahner-Organisationen haben, dem Vorkaufs zu Folge, den Streikverbot über die Arbeitszeit für die Reichsbahn einmütig abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat bereits Nachverhandlungen angesetzt.

Wann Bullerjahn-Revision?

Weitere Stimmen für die Wiederaufnahme

In dem Januarheft der Monatschrift Die Justiz nimmt der Professor der Rechte an Universität Gießen, Herr Mittermaier, Stellung zu den beiden Hauptgründen des Wiederaufnahmegeruches für den zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Oberstaatsanwalt Bullerjahn: erstens, daß der im Urteil ungenannte Zeuge Herr von Gontard bekannt ist, und daß in seine Vertrauenswürdigkeit starke Zweifel gesetzt werden, zweitens, daß jetzt der französische Leutnant Herr Joff, ausläge, er habe Herrn Bullerjahn nie gesehen und nichts mit ihm zu tun gehabt. Hierzu schreibt Herr Mittermaier:

„Ich halte jeden einzelnen dieser Punkte schon für ausreichend, daß die Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens geprüft und, wenn sich die Punkte nur als möglich erweisen, die Wiederaufnahme auch ausgesprochen werde. Es werden hier neue Tatsachen und Beweismittel beibracht, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung zu begründen geeignet sind.“

Die Reue im prozessualen Sinn ist gegeben. Der Zeuge

Gontard war damals nicht bekannt. Es wurden andere Zeugen vernommen, die von einem Vertrauensmann sprachen, der aber unbekannt blieb. Wenn dieser nun bekannt wird, ist das zum mindesten eine neue Tatsache, aber auch ein gegenüber dem Verfahren neues Beweismittel, ein damals unbekanntes, unerreichbares. Ebenso ist die Geschwörung seiner damals als sicher angenommenen Vertrauenswürdigkeit eine neue Tatsache. Der Zeuge Joff war schon damals bekannt und genannt. Aber er galt als unerreichbar, er schied damit aus. Wenn er nun erreichbar sein sollte, so ist er für das Verfahren neu, wie seine Aussage, die damals zwar schon angeboten, aber nicht gerichtsbekannt wurde.“

Die französische Liga für Menschenrechte hat sich an die französische Regierung gewandt, um eine offizielle Erklärung zum Fall Bullerjahn zu erreichen. Wie verlautet, dürften die amtlichen französischen Stellen dieser Aufforderung schon in den nächsten Tagen nachkommen und öffentlich die Versicherung abgeben, daß Bullerjahn niemals mit der Interalliierten Militärkommission, dem französischen Kriegsministerium oder sonstigen militärischen Stellen in Verbindung gestanden habe.

Hochverrat am Proletariat

Arbeitslose gegen Arbeiter

„Kurzum, die Aktion, die begann mit der Kriegserklärung der Kommunisten gegen das Proletariat und der Arbeitslosen gegen die Arbeiter, war verloren vom ersten Augenblick an, und in einer Aktion, die so beginnt, können die Kommunisten nie und nimmer irgend etwas, sei es auch nur inoralisches, Bietre, gewinnen.“

Paul Levi antwortet dem Märzputz des 10. April.

Der wilde Streik im Ruhrgebiet ist nicht ganz programmäßig verlaufen. Die Hoffnung der kommunistischen Presse auf Ausdehnung des Kampfes zum Generalkrieg, zur „revolutionären Aktion“ über ganz Deutschland wurde zerschanden. Gewerkschaftskämpfe zu provozieren gegen die Gewerkschaften und unter Mißbrauch der Arbeitslosen diese Kämpfe zu „revolutionären Aktionen“ zu steigern, das war der Sinn der Arbeitslosenpartei, der Sabotageakte, des Terrors gegen die Parolen der freien Gewerkschaften folgenden Bergleute. Und so kam es zu jenen tragischen Zwischenfällen, wo hungrende Proletarier, von den Kommunisten mißbraucht, mit Gewalt gegen ihre Arbeitsbrüder in den Betrieben zu Felde zogen. So kam es zu jenen blutigen Ueberfällen kommunistischer Arbeitsloser auf freie Gewerkschafter, kam es zum Krieg der Kommunisten gegen das Proletariat, der seine Steigerung fand im gemeinen kommunistischen Mord an Klassenossen. Diese Taktik der Sowjetfälscher ist ein schlechtes Klischee der Märzaktion, denn sie ist nichts anderes als ein Rückfall in die Methoden jenes Kommunistenputzes vor zehn Jahren. Damals allerdings, um mit Marx zu sprechen in den Tragödie, heute eine Farce.

So wie in diesen Streiftagen im Ruhrgebiet um Moers, so wurden dort vor zehn Jahren die Arbeiter mit Gewalt von den kommunistischen Erwerbslosen zum Streik gezwungen, bzw. mußten sich auf einzelnen Zehen die Arbeiter mit Knüppeln den Zutritt zur Arbeitsstelle erzwingen. So wiederholte sich das Trauerspiel wie vor zehn Jahren, daß Arbeitslose in die Betriebe eindringen, um die Arbeiter zur Verfolgung der kommunistischen Parolen zu zwingen und von ihnen Klassenossen mit Gewalt abgewiesen werden mußten. Wieder folgten Hunderte Kommunisten den Losungen ihrer Partei, gingen aus den Betrieben, um nun auf der Straße zu liegen und das Arbeitslosenheer zu vermehren. Dasselbe Manöver wiederholt sich wie vor zehn Jahren, als Paul Levi diese verbrecherische Strategie in seiner Broschüre „Unser Weg“ mit folgenden Worten anprangerte:

„In Trupps von 200, 300 Mann, oft mehr, oft weniger, gingen sie aus den Betrieben: der Betrieb ging weiter; sie sind heute erwerbslos, die Unternehmer haben die Gelegenheit benutzt, die Betriebe kommunistenrein zu machen in einem Falle, in dem sie selbst einen großen Teil Arbeiter auf ihrer Seite hatten.“

So wie vor zehn Jahren glaubt auch heute wieder die kommunistische Zentrale in Fredebecker Gewissenlosigkeit, eine revolutionäre Situation erzwingen zu können durch den „Kampf der Arbeitslosen gegen die Arbeitenden, den Kampf der Kommunisten gegen die Proletarier“. Mit Schlagring, Knüppel und Revolver ausgerüstete hungernde Erwerbslose werden aufgespielt zur Gewerkschaftsprengung, zum Kampf gegen ihre Arbeitsbrüder in den Betrieben. Dieser kommunistische Vordertampfer der Arbeiter gegen die Arbeiter hat mit Klassenkampf nicht das mindeste zu tun. Er ist alles andere, nur nicht marxistisch. Er ist anarchistisch und putschistisch nach dem Rezept: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“ In dreifaltigen Schlagreifen erklärt die rote Fahne den freien Gewerkschaften den Krieg unter der Ueberchrift:

„Schlagt die Streikbruch-Organisatoren!“ Wie 1920, so erklärt die kommunistische Partei erst den Arbeitern den Krieg, um sie dann, wie Paul Levi anklagend feststellt, „zur Aktion zu prägen“.

Wie merkwürdig sieht doch in den Köpfen der kommunistischen Parteileitung der proletarische Klassenkampf aus. Erst erklärt man der großen Mehrheit des Proletariats den Krieg unter der Parole „Zerschlagt die sozialfaschistischen Gewerkschaften!“, dann schlägt und mißhandelt man seine Klassenossen, um sie mit diesen Terrormaßnahmen für die revolutionäre Aktion zu gewinnen. Diese kommunistische Prügelpädagogik nach dem Rezept „Gieße erneuern die Liebe“ hat mit Klassenkampf nichts gemein; denn mit Gewalt bewirkt man kein solidarisches Handeln, mit Bruderkampf keine proletarische Einheit. Für diese Neuaufgabe hatunistischer Methoden ist in der deutschen Arbeiterklasse kein Boden. Und auch die verzweifeltsten erwerbslosen Klassenossen werden heute wie 1920 begreifen lernen, daß mit dieser Taktik nur die Arbeiterklasse geschwächt und den kapitalistischen Ausbeutern gebiert wird. Denn diese Taktik vor zehn Jahren war es, die das Leunawerk zur gelben Hochburg, die Mitteldeutschland zu einem Trümmerfeld für die Arbeiterbewegung machte. Und doch war damals die Situation insofern noch günstiger, als der Faschismus noch nicht so wie heute vor den Toren stand. Denn das ist gerade das Verbrecherische der kommunistischen Taktik, daß sie die Arbeiterklasse schwächt in einem Augenblick, wo es sich um Sein oder Nichtsein der proletarischen Bewegung, um die Ueberwindung der faschistischen Gefahr handelt.

Aber gerade deshalb glauben wir, daß auch die Arbeitslosen und irreführten Klassenossen die Lehren des Märzputzes von 1920 nicht in den Wind schlagen werden, daß sie die neue kommunistische Strategie erkennen als das, was sie ist, nämlich als Hochverrat am Proletariat.

Kommunistische Gewerkschaftsaktion zusammengebrochen

Der Zusammenbruch der kommunistischen Aktion im Ruhrgebiet hat innerhalb der Führung der Kommunisten wieder einmal zu schweren Zusammenstößen geführt.

Der von Josefsoff für die Aufsiedlung von RSO-Läden in Deutschland verpflichtete Reichstagsabgeordnete Dahlem hatte sich hinsichtlich der Beurteilung der Lage im Ruhrgebiet auf keinen Fraktionsfreund Florin den Bezirkssekretär der SPD im Ruhrgebiet verlassen. Dieser hatte in fantasievollem Bericht die Stimmung zum „Loschlagen“ als glänzend geschildert, sodas der Wacker der Gewerkschaftsleitung der kommunistischen Zentrale die Zeit für eine Spaltung des freien Bergarbeiterverbandes für günstig hielt.

In wochenlangen Vorbereitungen waren die kommunistischen Mitglieder instruiert worden, in es wurde ihnen sogar der Ausschluß aus der Partei angedroht, wenn sie sich nicht streng an die Parolen der Partei halten würden. Für die Bildung von Erwerbslosenstafeln und Stoktrupps auf den einzelnen Zehen und in den einzelnen Betrieben waren große Mittel angewendet, desaleichen fanden ungeheure Flugblättermengen und Handzettel zur Verfügung.

Die Moskauer Gewerkschaftsinternationale hatte besondere Instruktionen ins Ruhrgebiet entsandt, trotzdem brach nach einem kurzfristigen Ueberwundungsversuch auf einigen Zehen, deren Befehlshaber zunächst vor dem Terror kommunistischer Banden zurückwichen, die ganze Aktion schmachlich zusammen.

Mißlungener Nazivorstoß bei Berliner Verkehrsgeellschaft

Berlin, 13. Jan. (Eis. Draht.) Ein von 137 abgehenden Arbeitern der Berliner Verkehrsgeellschaft (BVG.) gegen den Betriebsratsvorsitzenden sowie seinen Vertreter angestrebter Prozeß endete am Montag mit einer Abweisung der Kläger. Die Aktion war von der Nationalsozialistischen Partei als großer Vorstoß gegen freigemeinschaftlichen Gesamtverband und die sozialdemokratischen Versammlungsmittglieder aufgezo-gen worden.

Als letztes Mittel beantragten die Kläger, dem Direktor Bro-lat den Eid abzuschreiben. Stolat beschwor, er habe weder mit dem Betriebs- oder Arbeitererrat der BVG. noch mit einzelnen Vertretern der Betriebsvertretung vereinbart, daß die Entlassungen im Herbst 1930 nach politischen Gesichtspunkten erfolgen sollten; er habe auch keinen Angestellten der BVG. entsprechende Anweisung erteilt.

In diesem Augenblick verloren sämtliche Kläger jedes Verständnis für eine geordnete und sinnvolle Prozeßführung, es kam zu einem internen Kampf zwischen den Haupttrübsführern und jeder einzelne verlor, beim Schlusswort noch einmal ganz sinnlose Anträge zu stellen.

Der Richter versuchte vergeblich, den Enttäuschten klar zu machen, daß das nicht möglich ist und verkündete schließlich die Abweisung der Klage, da der Nachweis, daß Vorstand und Betriebsrat zusammen mit den Gewerkschaften die Beilegung politischer Gegner beschlossen hätten, nicht im Entferntesten erbracht werden konnte.

Die Weltagrarkrise

Feitzstellungen der Völkerverständigen

Die Berichte der Agrarverständigen, die in diesen Tagen in Genf zu Beratungen zusammengetreten sind, sind vom Völkerverständigenrat zu einer Gesamtdarstellung über die Weltagrarkrise verarbeitet worden.

In der Denkschrift über die Weltagrarkrise wird darauf hingewiesen, daß die Hauptursache durch die fortschreitende Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und die Desorganisation, die der Weltkrieg hervorgerufen hat, hervorgerufen wurde. Die Hauptursachen liegen in dem Mißverhältnis zwischen Verkaufspreis und Selbstkostenpreis. Der größte Teil der Agrarproduktion habe noch nicht einmal das Vorkriegspreisniveau erreicht. In Deutschland wird die Situation durch die Verschuldung der Landwirtschaft, die auf 12 Milliarden geschätzt wird, verkompliziert. Die Denkschrift meint, daß die größte Bedeutung einer Rationalisierung des Warenabflusses durch die Produzenten zukomme. Hier wäre die Mitarbeit des Staates nötig. Man denke an die Schaffung von Getreidemonopolen und die internationale Ausdehnung solcher und ähnlicher Organisationen.

Frühjahrstagung der franz. Kammer

Bouillon wieder Kammerpräsident; Präsidentenwahl im Frühjahr

Das französische Parlament ist am Dienstag zu seiner ordentlichen Frühjahrstagung zusammengetreten.

Das Hauptereignis der Tagung steht erst für Mai bevor. Es handelt sich um die Neuwahl des Präsidenten der Republik. In vier Monaten ist die Amtszeit Doumergues abgelaufen. Der Aufmarsch der Kandidaten ist durch eine Reihe von Zufälligkeiten arg in Verwirrung geraten: Poincaré, der die besten Aussichten hatte, ist wieder erkrankt; Briand ist durch die Hysterie in Deutschland um einen Teil seines Einflusses gebracht worden; Petet und Bismarck sind in den Schmutz des Duxric-Standals verstrickt. So bleibt eigentlich nur noch der schaffensfrohe Tardieu und der höchst unbekannteste lothringische Senator Lebrun im Rennen. Vielleicht aber läßt sich Doumergue dazu bestimmen, noch weitere sieben Jahre in dem goldenen Käfig des Elysées zu verharren.

Die Eröffnung der Sitzungen in Kammer und Senat brachte zunächst eine Trauerkundgebung für den Marshall Joffre. Während sich der Senat dann sofort vertagte, schritt die Kammer zu der Neuwahl ihres Präsidenten. Der sozialistische Abgeordnete Bouillon, der den Posten des Kammerpräsidenten schon seit vier Jahren verwaltete, wurde mit 227 Stimmen wiedergewählt; sein Gegenkandidat, der gemäßigte Radikale Bouilloux-Lafont, erhielt 200 Stimmen. 80 Stimmen waren verpflütert.

Sitzung der Völkerverständigen

Die Völkerverständigen, die einst neben der Reparationskommission zu den wichtigsten ausführenden Organen des Versailler Vertrages gehört hat, seit Jahren aber völlig in den Hintergrund gedrängt worden ist, hat am Quai d'Orsay wieder eine Sitzung abgehalten. Sie gab, wie ein amtliches Komunique erklärt, der Erledigung laufender Angelegenheiten.

Ueberreichung der polnischen Note in Genf

Genf, 13. Jan. Der jüdische Delegierte Volens beim Völkerverständigenrat hat heute dem stellvertretenden Generalsekretär Adenot die angekündigte Note der polnischen Regierung überreicht.

Bei Franzosen

Besuch beim Nazi-Minister in Braunschweig!

Ja, ich liebe die fertige und niederdrückliche ehemalige Residenzstadt, in der es immer so herbstlich nach Knodwurf und Rüben riecht und deren Wappentier ein stolzer Löwe ist, der so majestätisch das Maul aufreißt, daß man seinen eingeknickten Schwanz gar nicht bemerkt. Hier nun residiert als Nachfolger Heinrichs des Vierten Herr Minister Franzen aus Schleswig-Holstein meermehrungen, der im höheren Auftrage von Adolf Hitler als Rapporteur des dritten Reiches seine staatsmännlichen Sporen verdient. Herr Franzen ist ein freundlicher, völkischer Herr mit Wangen rund und er spricht jenes vertrauenswedenbeft des Vaterlandtan-nöwerns, dessen Zauber mit Berlingewöhnem merktbar an die han-noverische Heimatdrille geht.

Es beginnt ein Frage- und Antwortspiel: „Der Nationalsozialismus ist für den Außenstehenden eine merkwürdige Erscheinung. Etwas, dem man mit Vernunft und Logik schwer beikommen kann...“

„Unter Parteiprogramm hat mit Vernunft und Logik nichts zu tun. Es ist nur gefühlsmäßig zu verstehen. Sehen Sie zum Beispiel unsere waderen SA-Leute. Keiner von ihnen ist imstande, über unser Parteiprogramm mit politischen Gegnern zu diskutieren. Sie haben unsere Theorien mit dem Kopfe nicht verstanden und können deshalb mit Vernunftgründen andere auch nicht überzeugen. Aber gefühlsmäßig begreifen sie alles, selbst die Schriften von Feder. Aus diesem Grunde sind sie auch immun gegen die Verführungs-lüste der jüdischen Presse. Sie lesen ja auch nur unsere Blätter. Sie haben eben dieselbe geistige Einstellung wie Frauen, denen das Erlebnis nicht durch den Verstand, sondern durch das Gefühl kommt.“

„Sie haben wohl ein sehr begeisterungsfähiges Publikum!“

„Ja, es überrascht mich immer wieder, wie sich unsere Leute über die belanglosesten Dinge freuen können.“

„Dann man nach Ihrem Prozeß fragen...“

Lüdenendorff als Wotan

Die Kirchenaustritte von Seelenfeld / Wotankult in einem westfälischen Dörfchen

In Seelenfeld, einem kleinen Dörfchen im Kreise Minden, ist fast die gesamte bäuerliche Bevölkerung aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und hat die Einrichtung einer bekennnisfreien Schule verlangt. Es handelt sich hier um einen einzig dastehenden Fall, der den Behörden Kopfzerren bereitet — denn die Einwohnerzahl ist Anhängerin von Lüdenendorff „Deutschglauben“ und wünscht ihre Schule auch in diesem Sinne geleitet zu sehen.

Der Fall hat eine furiose Vorgeschichte. Seelenfeld, ein kleines Dörfchen von rund 300 Einwohnern, hatte einen recht streitbaren Pfarrer. Der brave Gottesmann ging mit Feuereifer daran, die verderbten Sitten seiner stamm nationalen Gemeinde etwas aufzuräumen. Er hing damit an, daß er dem Männergesangsverein das Singen auf dem Friedhof verbot, weil dieser immerhin weltliche Lieder sang. Die Mitglieder des Vereins, die sich nicht unterwerfen wollten, wurden aus dem Verein ausgeschlossen. Der Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins nicht besuchen dürften. Der Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins nicht besuchen dürften.

Die Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins nicht besuchen dürften. Der Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins nicht besuchen dürften.

Da besuchte nun eines Tages Herr Lüdenendorff mit seiner Gattin Mathilde das stille Dörfchen. Er kam natürlich genau so zufällig nach Seelenfeld, wie er zufällig beim Kapo-Büsch am Brandenburger Tor sich eingeschunden hatte oder beim Bürgerbräuhaus in München. Angenommen verfuhrte er die Seelenfelder für seinen neuen Glauben zu bekehren. „Deutschglauben“ nennt sich diese Sache, die die „Einheit von Blut, Glauben, Kultur und Wirtschaft“ im deutschen Volke herbeiführt haben will und geeignet genug ist,

Politisches Rowdytum

Endlich sogar deutsch-nationale Einigkeit

Die täglichen Rohheitsakte, die von fanatisierten Sorden, meistens jugendliche Elemente, gegen politisch Andersdenkende verübt werden, haben nun endlich auch die Kreuzzeitung, das Organ des Grafen Westarp, zu einer Warnung und zu einem Protest veranlaßt. Die Kreuzzeitung schreibt:

„In den Nächten vom Samstag zum Sonntag und in denen vom Sonntag zum Montag am häufigsten knallen meistens aus dem Dunkel schwarze Schüsse aus Handfeuerwaffen auf politische Gegner. Manchmal wird auch der eine oder andere Einzelgänger von Rotten überfallen. Man schlägt ihm mit Schläuchen den Schädel ein oder sticht ihn mit Messern in den Rücken. Die Zahl der so um Leben kommenden Deutschen wächst in unregelmäßiger oder steter Kurve von Woche zu Woche an. Jede Partei hat auf diese Weise ihre Märtyrer, ihre Toten und Verwundeten.“

Drei oder zehn gegen einen, gilt nicht überall als Schande. Selbstverständlich ist der Geaner ein Lump, dem man kein Wort zu halten braucht, auf den man aus dem schließenden Dunkel schießen darf, den man nicht von vorne attackiert, sondern von hinten überfällt, wenn sich irgend eine Wühlstätte bietet. Die Art, wie im allgemeinen die Polizei, die hier nicht etwa politisch vertriebt werden soll, erst verhöhnt und dann gefürchtet wird, ist vom Standpunkte kämpferischer Männlichkeit gesehen, einfach entsetzt. Ein erst la „Trotziges Demonstrieren“, dann heftiges, wenn auch barellisch reiches Bewahren, kann die Polizei, ganz gleich gegen wen sie einsetzt, nur zur verächtlichen Behandlung und infolge dessen Mißhandlung von Demonstranten veranlassen.“

Der Jugend muß gelangt werden, daß mit Wobau und Kramall und mit „Kampfen“ in der Zeit der Revolution von 1918 üblich gemordeten Art sie sich nur die Jüge eigenen reinlichen, idealen Willens zeigen und zum B 3 5 1 wird. Befürchtet die Jugend in den folgenden Monaten im Buchleperium der immer größeren Umfang annehmenden und immer unritterlicher werdenden Kämpfe mit selbsttötenden Messern und von Sehern in argerem Umfang bezogener Pistolen, dann wird der Wuffische Deutschlands und eine Neuordnung des Landes mit den so verdorbenen Elementen der deutschen Jugend zur Unmöglichkeit.“

Ein durch revolutionäres Deutschland würde notwendig seinen Wenus seiner öffentlichen wie privaten Schulden bezahlen können und damit der Weltwirtschaft einen neuen entscheidenden Ruck in der Richtung nach unten verleben.“

Es schon es wäre, mit einer deutschen Revolution dem Auslande Anakt einzusparen, so annehmbar der Gedanke wäre, daß der aber jener dann zur Verantwortung gezogen würde für das, was er an deutschen Volke verhandelt hat, eine deutsche Revolution, im Gegensatz der Gewalt, wie Bebel es einmal nannte, wäre bei der

einzigste Gläubige beduelt zu machen. Der Kern dieser neuen Religion ist die Ablehnung des Christentums und ein Bekenntnis zu einem heidnischen Kult, den man vielleicht am besten mit Wotanismus bezeichnen kann. Wotan ist in Seelenfeld groß und Lüdenendorff sein Prophet.

Nun bagelt es in dem Dörfchen, in dem man sozialdemokratische Stimmen an den Fingern abzählen kann und wo die Fische sich nicht Nacht lagern — Kirchenaustritte. Hierbei war man genau so einmütig, wie zu früheren Zeiten, als man kontrollierende Finanzbeamte mit Forken und Senien zum Dorf hinaus prügelte.

Der Pfarrer wehrte sich so gut er konnte. Er bröte und wettelte, aber das machte die hilflosen Bauern nur noch barschartiger. Selbst der Sinne darauf nicht, daß eine Herdigung auf dem Kirchhof natürlich nicht mehr in Frage komme. Denn jetzt laufen sich die „Lammenberner“ in der großen Seelenfelder Deide ein vier Morgen großes Grundstück, auf dem sich übrigens auch die beiden größten Bünngräber der Gegend befinden. Das Land ist für den Verein „Deutschglaube“ mit dem Sibe in München auf gekauft worden. Sämtliche verstorbenen „Lammenberner“ sollen hier beigesetzt werden — ja, sogar General Lüdenendorff will hier einruhen. Denn es sei die einzige Stätte, so laute er, wo er noch wahrhaftige Deutsche angetroffen habe.

Gegenwärtig wird also um die bekennnisfreie Schule gestritten. Sie wurde vom Elternrat sowohl wie vom Schulvorstand und der Gemeindevertretung beschloßen. Borerst wurde aber der einstige Schulmeister der Gemeinde vertrieben. Ein neuer Schulmeisterbewerber kam ins Dorf, aber der weiß mit den „deutschgläubigen“ Dreen nicht viel anzufangen.

Das ist nun sehr peinlich. Und noch peinlicher für das brüchige Bürgerium ist, daß demnach die zweite Auflage des Kirchenprozeßes folgen wird, denn der Pfarrer hat sich mit seiner Niederlage noch nicht aufrichten lassen. Nun die Bauern wollen es dem Herrn Pfarrer schon „betreiben“, daß er ihr „Hedentum“ so mit Füßen treten sollte. Sie berufen sich darauf, daß Lüdenendorff ihnen geschrieben habe: Seelenfeld ist die einzige Stätte, wo er noch wahrhaftige Deutsche gefunden hat! Ja, wo er sich sogar beeraben lassen will!

Ungefährlich der deutschen Fronten mit so riesigen und so unumstößlichen Wutepötern und mit so völligen Ruin und einer entsetzlichen Hungersnot vernichtet, daß alles daran gesetzt werden muß, um sie zu verhindern.“

Was die Kreuzzeitung sagt, kann ziemlich rechtlos untergeschrieben werden. Dazu ist aber noch die genaue Feststellung notwendig, aus welchen Parteilagern heraus diese politischen Rowdyhorben kommen und die weitere Feststellung, daß sie innerhalb dieser Lager von den Führern systematisch zu ihren schändlichen Gebahren aufgefordert werden: es sind die Parteilagern der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Während vor einem Jahr noch die Kommunisten den Reford hielten in den bandenmäßigen Ueberfällen auf politisch Andersdenkende, sind ihnen jetzt die Nazis weitaus überlegen. Die Nazis haben das Kunststück fertiggebracht, in der infamen und strupelosen Aufstellung ihrer Anhänger zu Gewalttätigkeiten, die kommunistische Konkurrenz zu schlagen. Wird diesem Treiben nicht mit rüchsigster Strenge begegnet, so müssen in kurzer Zeit in Deutschland Zustände eintreten, die der mittelalterlichen Zeit des Faustrechts gleichen. Und dann ist Deutschland, da hat die Kreuzzeitung besonders recht, staatlich und wirtschaftlich verloren.

Das Osthilfeprogramm

Die Reichsregierung hat nunmehr ein Osthilfegefes fertiggestellt, das in den nächsten Wochen vom Kabinett noch eingehend beraten wird und dann schnellstens dem Reichstag und dem Reichsrat ausgeteilt werden soll. Das Gefes soll in Etappen von 1931 bis 1935 durchgeführt werden und sieht vorwiegend eine Entschuldung und Umhilfsaktion, vor für die mehrere hundert Millionen aufgewendet werden sollen. Man hofft, das Gefes bis zum 31. März d. J. in die Ostpolitik werden nach Mittelungen des Reichsministers Trautman in Rundfunk die weiteren Gebiete Schlesien, Westpreußen und jene Kreise Brandenburgs einbezogen werden, die bei der Grenzmarke liegen. Vorgesehen ist auch eine Erleichterung im Verfahren bei der Gewährung von Krediten. Es soll vor allem Dingen den Landwirten überlassen werden, bei Darlehen bis zu 5000 Mark allein die Entschuldung zu treffen. Während bisher durch komplizierte Fragebogen und den weiten Instanzenweg sehr viel Zeit verloren ging und die Hilfe häufig zu spät kam.

Reglementierung des Devisenhandels in Spanien

Madrid, 12. Jan. Der Staatsanzeiger veröffentlicht ein Dekret, durch das der Verkehr mit ausländischen Devisen geregelt wird.

„Ich weiß, daß man mich mit allen Mitteln hier fortbringen will. Aber solange ich das Vertrauen von Hitler habe, weiche ich niemandem. Vergessen Sie auch nicht, daß wir Nazis als Schutzheiligen Götz u. Berühmten haben. Außerdem bin ich selber Jurist. Der Prozeß ist eine lächerliche, tendenziöse, aufgeschleppte Bagatelie, der sich von selber auflöst.“

„Sie meinen das dritte Reich?“

„Ja, bin legal. Zur Abwehr lästiger Presseangriffe genügt mir das Republikshuages. Außerdem ist unsere Stellung in Braunschweig so stark, daß wir über diese lächerlichen Angriffe gegen mich einfach zur Tagesordnung übergehen. Wer wie ich eine ganze Nation leistisch und materiell von Grund auf verandern will, kann sich nicht mit dem verdorbenen Schweinefleisch von Karstadt aufhalten, das mir die bösen Marxisten jetzt in die Schuhe schieben wollen.“

„Wie wird sich diese geistige Erneuerung auswirken?“

„Wir werden die Schulbücher erneuern und die alten patriotischen Wandbilder wieder aufhängen. Und dann werden wir die setzlegenden Bücher der Zivilisationsliteratur ausmerzen: Ich kenne Thomas Mann, sein asiatisches Blut spricht aus jeder Zeile. Und dieser Remarque, er jammert nur über den ihm entgangenen Aufstieg durch den Krieg. Wertwürdigermesse bezieht er nicht das wunderbare Erlebnis eines Sturmangriffes, der doch das Positive und moralisch Aufwühlende im Kriege ist. Da müssen Sie mal die Bücher von Jünger und Schaweweder lesen: Jeder Junge ist begeistert, wenn er io einen Bajonetangriff vorgelegt bekommt. Und diesen wundervollen Geist lassen wir uns und unserer Jugend nicht rauben.“

„Wie würden Sie ganz genau den Begriff des Nationalsozialismus definieren?“

„Der Nationalsozialismus ist der Kampf gegen den moralischen Schwinehund in uns selber.“

„Allerdings! Und wie steht es mit dem Antisemitismus?“

„Ich bin kein Antisemite. — Ich habe persönlich gar nichts gegen die Juden. Hitler übrigens auch nicht. Mir ist der Volkstutube tausendmal lieber als ein verhassteter Gott. Wir werden ganz einfach die Juden als Fremde behandeln, die sie auch sind. Wir haben unser Programm hierfür schon längst bereit.“

„Und was sind Sie persönlich?“

„Ich bin totalist. Ich weiß, daß der Nationalsozialismus das letzte Reich am deutschen Stamme ist, das letzte Wunder der deutschen Seele.“

„Und wenn dieses letzte Wunder sich nun nicht erfüllt?“

„Dann ziehe ich mich ins Privatleben zurück. Entgegen allen Behauptungen meiner Gegner bin ich nämlich immer noch pensionierter Richter, wenn auch ausenblächlich im Ruhestand.“

„Das ist allerdings viel wert, wenn man die strafrechtlichen Konsequenzen der evtl. Weltgeschichte rechtzeitig abhaken kann.“

„Natürlich ist die Zusammenziehung unserer Mitglieder eine sehr untergeordnete. Wir haben den schlichten primitiven Mann aus dem Volke, der nicht begreifen, sondern gehorchen will, und wir haben auch die erlebten Geister eines Dinter, Chamberlain und Rosenberg in den Reihen unserer Braunschweider. Da wir außerdem keine Juden zur Diskussion zulassen, bleiben wir ganz unter uns und unangreifbar: Wir helfen eben unser Programm nicht zur Diskussion, deswegen kann man es auch nicht widerlegen. Hingegen hat die Republik sich selber zur Diskussion gestellt — deshalb bin ich jetzt auch Minister in Braunschweig.“

„Sehr richtig. Aber wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, setzen Sie vorfristig mit den Juden, die haben schon Tharao sein dieses Reich ausverkauft.“

„Das ist auch meine Furcht, daß wir große Mode werden. Ich liebe manchmal schon im Traume die Judenjugend auf dem Marktfürstnam mit dem Valenteus insagieren gehen.“

„In Gottes Ohr — jedenfalls war es mir sehr interessant, mit Ihnen zu plaudern, Herr Minister, aber ich darf Sie nicht länger aufhalten. Gestatten Sie mir zum Abschiede, Ihnen maffel so und broche zu wünschen.“

„Sehr liebenswürdig — das ist wohl ägyptisch?“

„Man kann es auch io nennen — es kommt ja doch alles aus der selben Familie.“

Wir verabschieden uns mit hadentnallender misstrauisch-gesetzlicher Hochachtung. Hans Weimann

Freistaat Baden

„33 Kassejuden im Reichstag“

Unter dieser knallenden Überschrift schwindelt das karlsruher nationalsozialistische Blatt seine Leser in gewohnt frecher und strupelloser Weise an. Unter den angeblichen Kassejuden die im Reichstag sitzen sollen, werden u. a. genannt: Crippien, Heinig, Fröhlich, Esterhelt, Ransched, Dettlinghaus, Krlschmann, Stüdtgen, Eduard David und Stefan Meier in Freiburg. Nicht einer der genannten Reichstagsabgeordneten ist Jude. Sie alle sind vielmehr entweder katolisch oder evangelisch getauft und stammen von katolischen oder evangelischen Eltern. Besonders amüsan ist die Behauptung, daß der verstorbene Gen. David und der Gen. Stefan Meier in Freiburg Juden seien: David stammt aus einer uralten, protestantischen Patronenfamilie und Stefan Meier aus einer alten katholischen Bauernfamilie im Schwarzwald. Das ist aber dem „Führer“ und seiner politisch verrückten Gefolgschaft höchst gleichgültig. Sittler hat die Parole erst zu Neujahr herausgegeben, die Nationalsozialisten hätten einfach zu glauben, was ihre Führer sagen und damit basta. Wenn der „Führer“ dirrte, würden wir ihm raten, sich seinen Herausgeber, den Herrn Landtagsabgeordneten Robert Wagner-Badisch, M. d. L., einmal ein bißchen genauer anzusehen, vielleicht würde er dann Merkmale entdecken, die ihm eine teutonische Genealogie auf den Rücken zaubern würden. Von Herrn Dr. Josef Goebbels in Berlin gleich gar nicht zu reden.

Geburtenrückgang in Baden

Auf den Geburtenrückgang im Deutschen Reich, insbesondere auch in Baden, ist in der letzten Zeit wiederholt in der Tagespresse hingewiesen worden. Im Jahre 1900 betrug noch die Zahl der Geborenen (einschließlich Totgeborenen) 65261, im Jahr 1919 haben wir in unserem Land rund 20 000 Geborene weniger. Um die Jahrhundertwende kamen auf 100 verheiratete weibliche Personen 20,3 lebendgeborene Kinder, heute nur noch 10,0. Besonders interessant ist dabei die Beobachtung, daß in früheren Jahren die Kinderzahl in Arbeitergemeinden erheblich größer war als in rein ländlichen Gemeinden. So entfielen im Durchschnitt der Jahre 1898/1902 auf 1000 Einwohner in Industriegebieten 42 Geborene, dagegen in den vorwiegend ländlichen Gemeinden nur 30,8. Heute ist dieser Unterschied nahezu ausgeglichen: in Industriegebieten kommen auf 1000 Einwohner heute 22, in vorwiegend ländlichen Gemeinden 21 Geborene.

Das angesichts dieses Geburtenrückganges die Zahl der Kinderreichen Familien von Jahr zu Jahr immer kleiner wird, liegt auf der Hand. Im Jahre 1900 gab es in unserem Land noch 200 000 Familien mit Kindern, im Jahre 1929 nur noch 140 000. Die Zahl der Kinderreichen Familien ist also um ein Drittel gesunken. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Kinderreichen Familien 470, der Anteil an der Gesamtzahl der Familien ist auf 1 Prozent gesunken. Das Frauen zum 16. Mal und häufiger Kinder zur Welt bringen, kam im Jahre 1900 noch 138-mal vor, im Jahre 1929 nur noch 31-mal. Frauen mit 20 und mehr Niederkünften gab es im Jahre 1900 noch 7, im Jahre 1929 nur noch 1. Die Zahl von 30 Niederkünften auf eine Frau, die noch im Jahre 1888 im Amtsbezirk Stodach festzustellen war, ist heute fast immer Zeit nicht mehr wiederholt. Weitere Einzelheiten über Geburtenrückgang, Geburtenrückgang und Geburtenrückgang können aus dem statistischen Jahrbuch für das Land Baden, Jahrgang 1930, Seite 25 ff. entnommen werden.

10 Jahre badisches Weinbauinstitut

In aller Stille vollendete am 1. Januar das Badische Weinbauinstitut in Freiburg sein 10. Lebensjahr. In einer Zeit tiefer wirtschaftlicher Depression ins Leben getreten hat es allen Schwierigkeiten zum Trotz in diesem ersten Jahrzehnt sich einen Platz in der badischen Wirtschaft erobert, aus der es heute nicht mehr fortzudenken ist. Welche Bedeutung, das unter der Leitung von Direktor Karl Müller liegende Institut für die badische Landwirtschaft und insbesondere für den badischen Weinbau erlangt hat, weiß heute jeder mit der Wirtschaftsgeschichte der letzten 10 Jahre Badens vertraute. Wenn heute badische Weine über die Grenzen Badens nicht nur im Reich, sondern auch im Ausland bekannt werden, so ist das ein Erfolg des systematischen Aufbaus und Erhaltungsschleife des badischen Weinlandes. Durch seine umfassende Forschungs- und Lehrarbeit hat das Institut nicht nur dazu beigetragen die Weinrenten auf das Doppelte zu erhöhen, sondern auch qualitativ hochwertige Erzeugnisse zu fördern. Dazu dient auch die Umstellung des badischen Weinbaus auf Provozieren, die vom Institut experimentell erprobt wurde und nun im ganzen Lande systematisch durchgeführt wird.

25 Jahre Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker Karlsruhe

Was sind 25 Jahre im Gang der Geschichte, im Laufe der Entwicklung der Erde und der Menschheit? Was sind 25 Jahre Ortsgruppe Karlsruhe im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker? Ein Augenblick, kaum wert, bemerken und beachten zu werden. Je doch in unserem, zeitlich betrachtet allzu kurzen Leben, sollen nicht nur Jahrzehnte, Jahre, sondern vielmehr Monate, Tage und Stunden; denn wir müssen die Gegenwart und das Gesehene um uns herum mit noch kleineren Maßstäben abwägen. Manches zieht an uns vorüber, das unseren Blick trübt, die Stimmungen beeinflusst. Je doch wir fühlen als mit offenem Blick durchs Leben gebende Menschen, das wir heute mehr als zu jeder anderen Zeit in einer Welt, einer neuen Epoche der Menschheitsgeschichte stehen.

Zur Zeit ist die Welt in Spannung und Gärung, zur Zeit ist die Zukunft unklar auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet. Die lebende Generation ist gefesselt an das Gegenwärtige, grober politischer und wirtschaftlicher Revolutionen. Im Sturmtempo dieser Entwicklung und Umformung kristallisiert sich die neue Wirtschaft, die neue Gesellschaft, die neue Menschheit. Es niht nichts, auch nicht das terroristische Vorgehen der Söldnerhorden: Der Kapitalismus hat sich selbst zerstört, er kann nicht mehr das Kapital selbst bebaut hat, und die es nicht mehr niederreißen kann, muß endlich in den Händen aller Menschen reifen lassen, daß es an der Zeit ist, die Methoden in jeder Beziehung zu ändern. Denn das zeigt die Stunde auf: Abkehr von kapitalistischer Wirtschaftsweise, die Abermillionen Hände fesseln läßt. Viele darben und hungern, worten auf Arbeit, ihnen fehlt das Notwendigste, und alle Einrichtungen sind vorhanden und alle Läger gefüllt, um alle Bedürfnisse zu befriedigen und das Leben für alle lebenswert zu machen.

Die Arbeit, das produktive Tätigsein, muß als legebendender Lebenssaft empfunden sein und angebracht werden. Die Buchdrucker hatten schon immer einen besonders ausgeprägten Berufssinn. Sie lebten nicht als andere Berufe mit ihrer Arbeit. Aber nicht nur, daß sie es verstanden, sich ein ansehnliches Lebensgebäude zu errichten, das alle Fragen zwischen Arbeiter und Ar-

Aus aller Welt

Der Kampf gegen die Milch Schweiz

CH, Bern, 13. Jan. Der Dichter Ernst Zahn, der Komponist Oskar Schoed, der Maler Johann von Tscherner und Chefredakteur Arnold Rüchler von der Züricher Illustrierten haben ihren Rücktritt als Mitglieder der Jury für die „Milch Schweiz“ erklärt.

In einer Mitteilung des Berner Frauenbundes anlässlich eines Aufrufs in der Schweizer Presse zur Teilnahme an einer Schönheitskonkurrenz, wird es außerordentlich bedauert, daß der „Anfang der Schönheitskonkurrenz“ auch in der Schweiz aufgenommen soll. In einem Schreiben an den Berner Frauenbund heißt es u. a.: „Als biedere Schweizermädchen sind wir der Meinung, daß sich keine unserer Schweizerinnen an diesem Wettbewerb beteiligen sollte, um sich mit ausländischem Gelde „prämiieren“ zu lassen. Die Mitteilung des Berner Frauenbundes schließt dann: „Hoffentlich denken noch manche andere so und helfen mit, die uns Schweizerinnen unwürdige Bekräftigung zu verhindern.“

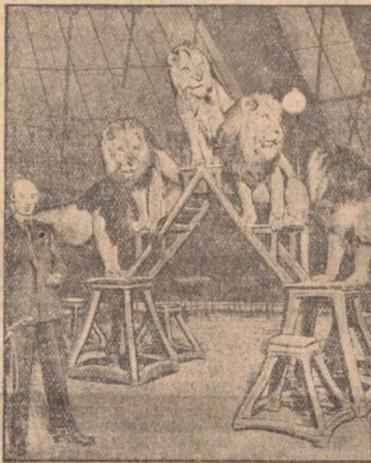
Walter Mittelholzer liegt mit Motordefekt in Afrika

CH, Zürich, 13. Jan. Walter Mittelholzers Rückflug, der Westküste Afrikas entlang, hat, wie der Neuen Züricher Zeitung gemeldet wird, beim Kap Kub in Spanisch-Kuba de Oro infolge Motordefektes eine Unterbrechung erfahren.

Postauto fährt in eine Polizeischülergruppe — 7 Verletzte

Basel, 13. Jan. Ein Postauto aus Siegenburg fuhr heute früh an der Bonner Brücke in eine auf dem Reich befindliche Polizeischülergruppe der Bonner Polizeischule. Sieben Polizeischüler wurden verletzt und mußten ins Basler Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Schüler hat eine schwere Gehirnerschütterung, ein anderer einen komplizierten Schulterbruch erlitten. Einige Verletzte konnten nach Anlegung von Notverbanden wieder entlassen werden.

Der Verkehr des Postverkehrs will bei der angeblich mangelhaften Ausrüstung der Rheinbrücke in der Dämmerung die dunklen Uniformen der Polizeischüler nicht gesehen haben. Der Wagen soll so



Der Abgeordnete im Löwenkäfig

Das Unterhausmitglied John Clarke hinter den Gitterstäben. John Clarke, Mitglied des englischen Unterhauses, hatte sich mit aller Energie gegen die Annahme des neuen Gesetzes über Tierderei engagiert, die seiner Meinung nach mit feinerster Brutalität verbunden ist. Um seinem Standpunkt mehr Nachdruck zu verleihen, begab er sich in Glasgow in einen Käfig mit Tigern und Löwen. Erwiderte, ob er denn gar keine Angst vor dem Gefährten warden, das habe erwiderte Clarke, die Löwen würden sich wohl fühlen, das habe schließlich eines Abgeordneten der Labourparty hinunterschlängeln.

Lenard tritt in den Ruhestand

Der Professor der Heidelberger Universität und Träger des Nobelpreises für Physik (1905), Gebürtler Dr. phil. et med. Philipp Lenard, tritt am 1. April d. J. wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Der am 7. Juli 1862 in Preßburg geborene Gelehrte wirkte seit 1907 in der Ruperto Carola. Der aus Ungarn stammende geistlichwunderbare Gelehrte trat bei verschiedenen und unpassenden Gelegenheiten gern als Bekämpfer der Republik

teilnehmer regelt, sondern darüber hinaus schloß sich ein großer Teil der freigeistlich organisierten Buchdrucker zu einer Bildungsvereingung zusammen, die ausschließlich den Zweck hat, den Buchdrucker durch Rundsendungen, Preisausstellungen, Vorträge, praktische Unterweisungen, Kurse usw. beruflich zu bilden, seine Arbeit aus der Sphäre des Nur-Brotverdienens in die der Berufsberatung und Berufshilfe mit dem zeitlichen Ausdruck künstlerischer Einwirkung zu heben. So entstand der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, der eine über das ganze Reich ausgedehnte berufliche Bildungsvereingung darstellt, die in ihrer Art einzig dasteht. Für wenige Fernzüge erhält jedes Mitglied des Bildungsverbandes jeden Monat eine Zeitschrift, aus der er persönlich die wertvollsten und vor allen Dingen in der Praxis durchaus sofort verwertbaren Anregungen entnehmen kann, die es ihm ermöglichen, seiner Arbeit in irgend einer Form und geschmacklichen Durcharbeitung den Ausdruck seiner Persönlichkeit, seines beruflichen Empfindens, seines technischen Könnens zu verleihen. In welchem Beruf kann das heute noch ein Mensch? Die meisten sind doch nur schematische Arbeiter, ganz gleich, ob Angestellter oder Arbeiter. Man arbeitet monoton, gleichförmig. Jeden Tag dasselbe. Und das stummt ab! Wo soll da Berufsreife sich breit machen? Man rechnet nur auf den Feierabend, zählt die Tage bis zum Bahnhoff, stellt langsamem Alter fest und findet, daß man eine leibliche, erstellte menschliche Maschine ist, die immerzu das Gleiche schafft, um leben zu können.

Es ist richtig, ohne die Arbeit, ohne das ununterbrochene emsige Schaffen der ungeschätzten Millionen auf dem Erdenrund wäre weder das heutige Wirtschaftsleben noch der geistige Unter- und Lebensbau, weder das Glück noch die sogenannte Kultur vorhanden. Erst die Freude, das unbegrenzte Arbeitsvermögen am Selbstausdrücken hebt den Menschen empor und kann ihn bei geistiger Reifezeit oben; seine Gedanken werden in die Welt der künftigen Welt hinaus getragen, mornas auch die Kraft bricht zu erneuter Tätigkeit. Menschengeist und Menschenhand verbinden sich in ununterbrochenem Kampf. Und dies ist besonders auffällig bei den Buchdruckern, deren Arbeit auch mit Ausdruck des Selbstgemades ist. Die Buchdrucker schaffen, um den augenblicklich bestehenden Verhältnissen im Rahmen des Ganzen unter der Perzeption des eventuell zukünftigen gerecht zu werden. Sie sind indirekt mit Antreibswellen des geistigen Kulturlebens und menschlichen Lebens; denn ohne ihr technisches „Wort“ über die Welt nicht in den Bildern von Druckdrucken, Büchern, Manuskripten, Kunstwerken, der unentbehrlichen

schnell gefahren sein, daß einzelne der verunglückten Schüler bis zu 15 Meter beiseite geschleudert wurden. Da für die beiden Schwerverletzten Lebensgefahr besteht, muß die ärztliche Untersuchung ergehen.

Motorboot mit acht Personen gesunken

Dona, 13. Jan. Während eines heftigen Schneesturmes ist in der Nähe der Ortschaft Kappelau auf der Rofoteninsel Soolvaer, Grafschaft Troms, ein Motorboot mit acht Personen an Bord untergegangen. Man befürchtet, daß alle Insassen des Motorbootes umgekommen sind. Bisher konnte eine Leiche geborgen werden.

Der Bridge-Timmel

250 tonatische Bridgepieler aus USA haben ein Schiff gechartert und sind von Philadelphia aus zu einer Weltindienreise abgefahren. Während der 12stägigen Reisebauer soll unter Aufsicht erster amerikanischer Bridgeautoritäten ununterbrochen an Bord Bridge gespielt werden. Notwendige Essens- und Schlafenspausen sind auf kürzeste bemessen.

Bürgermeister Cots!

Der bekannte aus Korika kommende französische Porzellanfabrikant Cots, als Besitzer des Zigarro auch berüchtigt als notorischer Deutschfeind, ist zum Bürgermeister der türkischen Hauptstadt Niaccio gewählt worden.

Philantrop gestorben

Newark, 13. Jan. Einer der großen Philantropen und Wohltäter Amerikas, Nathan Strauß, ist am Montag im Alter von 82 Jahren gestorben. Strauß war in der bamerikanischen Fala geboren und ist in früher Jugend nach Amerika ausgewandert. Nach dem Kriege erzielte sich seine Hilfsstätigkeit auch auf die hungernden Länder Europas; besonders kam sein Hilfswerk Heidelberg zugute.

Franz Rothenfelder

Am Montag wurde in Berlin der bekannte proletarische Dichter Franz Rothenfelder durch Herzschlag von einem längeren Leiden erlöst. Rothenfelder, der aus einer streng katholischen Familie stammte und in seiner Jugend Novize in einem Kloster war, fand durch das Arbeiterleben, das ihn im Inneren erschütterte, den Weg zum Proletariat. Seine Gedichte wurden in der ganzen sozialdemokratischen Presse veröffentlicht, seine Sprechvorleser in Berlin und in der Provinz vielfach aufgeführt. Besonderses Aufsehen erregte das Sprechdrama „Hilf“, das von der Berliner Kunststunde zur Sendung gebracht wurde. Mit Franz Rothenfelder, der ein Alter von nur 45 Jahren erreichte, verliert die deutsche Arbeiterchaft einen begabten Mitarbeiter, einen wackeren Kameraden.

Vier britische Militärflieger tödlich verunglückt

Bei Flugmanövern fanden vier Mitglieder der britischen Luftstreitkräfte den Tod.

Selbstmord eines Reichsmehrwärtlers

Leutnant v. Glaseran, der im Reiterregiment Nr. 3 in Rathenow Dienst tat, hat sich in seiner Wohnung erschossen. Erst im Laufe des Tages entdeckte man die Leiche des jungen Offiziers. Welche Gründe ihn bewegen, aus dem Leben zu scheiden, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

1500 Seiten Sklarek-Anklage

Nach langer Arbeit ist nunmehr die Sklarek-Anklage fertig geworden. Sie ist 1500 Umbrüche stark und dürfte damit wohl die größte Anklageschrift sein, die jemals nicht nur in Berlin, sondern überhaupt von einer Justizbehörde angefertigt worden ist. Zur Verhandlung kommt in wesentlichen der Stadtkomplex; insgesamt sind 13 Personen angeklagt: Leo Sklarek, Willi Sklarek, Max Sklarek, Buchhalter Lehmann, der Anwaltskanzlei Tuch von der Arbeitervertrieb G.m.b.H., Stadtrat Häbel, Stadtrat Degner, Stadtrat Benede, Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt Mitte, Bürgermeister Kohl vom Bezirksamt Köpenick, Stadtbauinspektor Schmidt, Stadtbauinspektor Hoffmann und Stadtbauinspektor Ludwig. Die Anklage lautet auf Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung, aktive Bestechung, Beihilfe zum Betrug, passive Bestechung und Untreue im Amt. Den Stadtbauinspektoren wird außerdem mangelhafte Aufsicht im Amt vorgeworfen. Die Summe, um die Leo, Willi und Max Sklarek die Berliner Stadtbau betrogen haben sollen, ist auf 15 Millionen errechnet worden. — Die Verteidigung der Angeklagten wird von den Rechtsanwälten Alsbek, Gollnik, Ruppe, Julius Meyer I, Sad, Anna, Bahn und Justizrat Werthauer übernommen.

honor. Seine wissenschaftliche Bedeutung gehört der Vergangenheit an; in letzter Zeit ist er meist wegen nicht gerade wissenschaftlichen Dingen in den Vordergrund getreten.

Verleihung der Rettungsmedaille. Das Staatsministerium hat dem Kriegsbeschädigten Christian König, Elektriker in Eberbach, der unter eigener Lebensgefahr ein Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Zeitung usw. Und alles Gedruckte aus dem engen Rahmen des nur handwerklichen in das Gebiet des schönheitlich Gefälligen, des geschmacklich Durchgebildeten und inhaltlich Charakterisierenden zu heben, diese Aufgabe hat sich bei den Buchdruckern der Bildungsverband gestellt und wird ihr, was man bei diesem Zustand feststellen kann, in vollstem Maße gerecht.

Die Zeit ist zwar nicht dazu angetan, Feste zu feiern. Aber in würdigen und beherrschten einfachen Rahmen hat die Ortsgruppe Karlsruhe eine Veranstaltung vorbereitet, die am Samstag, 17. Januar 1931, die Buchdruckerwelt im Festaal des Friedrichshofes vereinigen soll. Das Programm sieht an hervorragender Stelle eine Festsprache des Zentralvorstandes des Bildungsverbandes Bruno Dreher aus Berlin vor. An künstlerischen Kräften wirken die Badische Polizeischule Karlsruhe, der Buchdruckerbildungsverein Typographia Karlsruhe, eine Turnertinnenabteilung der Freien Turnerschaft Karlsruhe und der Staatskapellmeister Hermann Brand vom Badischen Landesbühnen Karlsruhe mit. Hermann Brand wird u. a. mit der von ihm bekannten Festungsrede aus einem der früheren Festmahlstexte des Badischen Landesbühnen aufwarten.

Daß die Buchdrucker auch für ihre eigenen Zwecke technisch gute und einwandfreie Hochdruckmaschinen herstellen können, zeigen uns die vorliegenden Druckarbeiten zu diesem Fest. Ein geschmackvolles Festbuch mit vierzig Seiten Umfang (zweifarbig) gibt erschöpfend Auskunft über die Entwicklung der Karlsruher Ortsgruppe. Und daß bei den Buchdruckern auch mit den Unternehmern das wünschenswerte Verhältnis in buchdruckerähnlichen Fragen besteht, beweist die Herausgabe dieser Zeitschrift. Kostenlos stellte die Bayerische Giererei in Frankfurt a. M. den Schriftzug her, Papierfabriken lieferten das Papier, die Karlsruher Druckerei Volfsfreud und Karlsruhe druckte diese Zeitschrift. Die typographische Gestaltung der Zeitschrift lag ein mit dem ersten Preis ausgezeichnetem Entwurf von Anton Meder in Karlsruhe zugrunde. Die fertige Abfassung hatten die Kollegen Anton Meder und der Ortsgruppenvorsitzende Otto Kamannner besorgt. Es würde zu weit führen, wollte man hier auch noch einzelne Begebenheiten aus der Chronik veröffentlichen.

Auch wir möchten der Ortsgruppe weiteren Aufstieg und damit wertvolles Schaffen im Dienste guter typographischer Erzeugnisse wünschen. u j j d g s t a n y

Kozi-Nazi-Radau im Rathaus

Die Sozialdemokraten fordern Inangriffnahme der Arbeiten für die Maxauer Brücke - Nazi-Stadtrat Worch beschimpft die Sozialdemokraten als Novemberverbrecher, Zigeunerbande, Lumpenbande, was beinahe zu Schlägereien zwischen beiden Teilen führte - Kommunisten-Spektakel

Karlsruhe, 13. Jan. 1931.

Der neuernannte Bürgerausschuss trat heute zum erstenmal zusammen und hat sich gleich einen „arosen Tag“ geleistet. Das Bauregister stand mitunter auf Sturm! Die beiden Kräftefraktionen, die Sozialdemokraten und Kommunisten sorgten dafür, daß es auch im Karlsruher Bürgerausschuss so ziemlich fasschenmäßig zuging. Die gemeinsame Ausführungen und Zwischenrufe von Vertretern des dritten Reiches bzw. der Weltrevolutionäre gaben den Karlsruher Bürgerausschuss noch nie zu verschauen sind.

Alle sämtlichen Stadtväter und Stadtmütter sind erschienen. Die Galerie dicht besetzt, im Gegensatz zu früheren Sitzungen, zu denen sich die Öffentlichkeit ziemlich spärlich einfand. Man könnte sich freuen, daß das Interesse der Wählererschaft an den Beratungen der Bürgerausschussversammlung so groß geworden ist, wenn man nicht wüßte, daß so viele Zuhörer nur gekommen sind in der Erwartung, daß es etwas Senkation geben wird. Und sie konnten sie nicht genießen.

Oberbürgermeister Dr. Finter richtet vor Eintritt in die Tagesordnung Willkommenworte an die Versammlung unter Hinweis auf die Schwere der Zeit und der dadurch bedingten großen Beratungen der Bürgerausschussmitglieder. Aber der Gang der Beratungen zeigte, daß die ausgemeinten Worte für die Rat waren. Die erste Vorlage wird zur Beratung und Beschlußfassung aufbewahrt. Sie betrifft Notstandsarbeiten, also Erwerbslosentlastung für Arbeitslose. Der nationalsozialistische Stadtratmann Kullmann empfiehlt in kurzen, sachlichen Sätzen die Annahme der Vorlage, wobei er der Stadtverwaltung Anerkennung zollt, daß sie jede Gelegenheit benützt habe, um das Los der Erwerbslosen zu verbessern. Während der Gemeindeväter hörte man allerdings andere Meinungen.

Den Reigen der Ausdrücke eröffnet Stadtr. Genosse Erb. Aus welchem seine Ausführungen nicht die ernste Sorge um die Erwerbslosen und der feste Wille heraus, ihnen zu helfen. Im Gegensatz des nationalsozialistischen Stadtrates findet er nicht, daß die Stadt alles zur Linderung der Arbeitslosennot getan habe, sondern er bemängelt gerade, daß nicht genügend zur Bekämpfung der Not erfolgt ist, wobei er insbesondere auf die Forderungen der Karlsruher freien Gewerkschaften hinweist. Unter Genosse hat das Ohr des ganzen Hauses. Er wird ruhig angehört. Er ist lebhafter wird es, als Stadtrat Schwan vom Zentrum spricht; denn von kommunistischer Seite wird er mit Zwischenrufen bedacht.

Man kommt der Redner der Nazipartei, Stadtr. Ziller. Auf seine Rede ist man diesmal gewohnt, denn alles erwartet, daß als Vertreter der Partei der Wahren Taten dem Bürgerausschuss einmal sei, wie die Not der Arbeitslosen in Karlsruhe beschaffen werden kann. Aber weit gefehlt! Was er empfiehlt, haben Sozialdemokraten und andere Parteien schon längst vorher gesagt. Ziller beschränkt sich lediglich auf das Nachsagen dessen, was andere schon seit Jahren ausgesprochen haben. Auch die Nazis in Karlsruhe haben das probate Mittel noch nicht entdeckt, wie den Karlsruher Erwerbslosen zu helfen ist. Der eiserne Nasibesen tauet also nicht!

Als nächster Redner tritt die Kanone der Kommunisten, der Nationalsozialist Stadtr. Genosse Erb. Er ist jedoch so nach und nach in erbärmlichster Demagogie. Er führt die reinste Komödie auf, komprimiert sich als Mittelstandsvertreter und muß sich durch Zwischenrufe gefallen lassen, daß er in seiner Polemik gegen die Sozialdemokratie verlogen hat, Zwischenrufe wie Unfug usw. muß er erwidern. Recht verlogen wird er, als ergerufen wird, daß die Sozialdemokraten an der kommunistischen Zeitung in Berlin der Lohn von 45 Pfa. abgebaut wurde. Nach seiner Ansicht hat der Lohn von 45 Pfa. abgebaut wurde. Nach seiner Ansicht hat der Lohn von 45 Pfa. abgebaut wurde. Nach seiner Ansicht hat der Lohn von 45 Pfa. abgebaut wurde.

Die Freude Wörings würde nicht lange, denn sofort erfolgt die Abfertigung durch Genosse Schulerz und zwar in ruhiger, aber desto gründlicher Weise. Er lautet dem SPD-Redner sofort, wenn man an Wocher erfinden würde, dann er (Wöring) nicht über am Leben wäre. Genosse Schulerz brandmarkt die Wöringsche Schimpfepistel als das, was sie waren, nämlich als elende Demagogie und hinterhältiges Geheiß. Als unter Redner den Schimpfepisteln der Kommunisten in der Stadtratssitzung gegenüber den Erwerbslosen feststellt, da geraten sie außer Rand und Band. Wörings Stadtrat Bauer, der die Führerschaft der SPD-Fraktion an Wöring abtreten mußte, läßt sich was seine Lunge ertragen kann. Er alles Schreien bläst nicht, die Kommunisten haben im Stadtrat geistlich gangbare Mittel zur Bekämpfung der Not der Erwerbslosen abgedacht. Dieser Verrat kann auch durch hinterhältiges Geheiß aus der Welt geschafft werden. Die Abfertigung folgt, aber auch der Vertreter des dritten Reiches werden abgesteuert. Recht unangekündigt wirkt auf ihnen, als der sozialdemokratische Redner ihnen verbietet, daß sie nicht über die Bürgersteuer schimpfen sollen, indem er ihr Minister Frid sie in Thüringen eingeführt hat. Die Aufregung in den Reihen der Nazis wird immer stärker und als Gen. Schulerz die Kritik als eine Weltkrisis bezeichnete, so kann dies Stadtrat Bierbrauer Worch nicht verdrängen, denn sein auf Nazi-gezielte eindringliches Wort ist offenbar untauglich, derlei Taktiken zu bezweifeln. Und er macht seinem Herzen mit der gemeinen und verlogenen Bemerkung Luft, daß die Verdrehung der Sozialdemokratie schuld sei. Er beschimpft die Sozialdemokratie als Zigeuner- und Lumpenbande. Das derartige freche und gemeine Verhalten auf Seiten der Sozialdemokratie nicht ohne weiteres angenommen wird, darüber wurden die Nazi-Brüder sofort belehrt. Derzeit kommt es zum Zusammenstoß zwischen beiden Parteien. Verschiedene Nazi-Stadträte kommen ihrem Schimpfepistel zu Hilfe. Verschiedene Vertreter treten dazwischen und verhindern eine Schlägerei. Schließlich müssen sich die Radoubanden von der Hitlerpartei klar machen, daß derartige Provokationen von der Sozialdemokratie nach dem Gesetz bestraft werden.

Die Ausführungen des ersten Nazi-Redners sind allem Anschein nach bei den Nazisohnen zu sahn gewesen, denn der folgende „Redner“ Stadtr. Kramer fährt ein schärfere Geschütz auf. In der Sprache des Pimpernickel und in recht lausiblicher und prahlender Art leiert er die blühende von Gemeinheiten und Lüge gegen die Sozialdemokratie gezielte Waise der Nazi ab, die nur mit politisch dummen Kerle Beifall finden kann. Gen. Koch nimmt hierauf die Abreibung des Sozialdemokraten Wörings und des Nazi-Vertreters vor. Und sie ist! Er verteidigt lobend

des weiteren die Haltung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in der Erwerbslosenfrage, stellt die positive Arbeit dieser Organisationen dem Vorkriegsgebilde der Moskowitter und der Sozialisten gegenüber.

Wiederum legt Spektakel seitens der Kommunisten Wöring ein, als es zur Abstimmung kommt. Die Mahnung des Vorsitzenden, Wöring solle seinen Mund halten, ist fruchtlos. Wöring ist Herr des Hauses und nicht der Oberbürgermeister; denn er frackelt weiter. Rufe wie „herauschmeißen“ ertönen! Endlich kann die Abstimmung erfolgen.

Die anderen Vorlagen werden rasch verabschiedet, bis auf die letzte, die Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses. Nach Vereinbarung unter den Parteien sollen nur noch 4 Vertreter dieser Kommission angehören, die Kommunisten wenden sich dagegen. Die Parteiführer ziehen sich zur Beratung zurück, eine Pause erfolgt. Ergebnis: es sollen 5 Vertreter gewählt werden. Der Kommunist Wöring schimpft nun gegen die Stadtverwaltung, die Rechnungsprüfungspolitik betreibe und verteidigt die Standartlinie der Arbeiterzeitung. Er wird dabei sehr ausführlich und auffallenderweise recht sahn weilt der Oberbürgermeister die Angriffe zurück.

Die erste Sitzung war also reichlich mit Radau ausgefüllt. Bemängelt muß die Lage der Dinge durch den Vorsitzenden werden. Wenn er sich nicht mehr Geltung zu verschaffen weiß, wozu er auf Grund der Geschäftsordnung in der Lage wäre, sondern die Zügel schleifen läßt, wie es heute der Fall war, so werden derlei Radauszenen sich noch mehr wiederholen. Wäre der Vorsitzende gleich energisch gegen unverschämte Zwischenrufe der Nazis und der Weltwirtschaftler von der SPD vorgegangen, so hätte es wahrscheinlich nicht soweit kommen können. Wenn eben Zurechtweisungen nicht befolgt werden, so müssen andere Maßnahmen ergriffen werden, um eine geschäftsordnungsmäßige parlamentarische Arbeit erledigen zu können. Aber heute war die Situation doch so, daß Herr Wöring auf alle Aufforderungen des Vorsitzenden, den Mund zu halten und ruhig zu sein, nicht reagierte, sondern tat, was ihm beliebte. Also: Landrat (Oberbürgermeister) werde hart!

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnete um 4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 98 Mitglieder der beiden Kollegien. Vor Eröffnung der Verhandlungen beist der Vorsitzende die Mitglieder des neuen Bürgerausschusses herzlich willkommen. In schwerer Zeit tritt der neue Bürgerausschuss zusammen, in einer Zeit, wo die Not mit ganzer Wucht auf unseren Schultern lastet. Deshalb ergeht an alle Mitglieder des Hauses die Mahnung, mit allem Ernste an die Arbeiten heranzugehen, die der Stadt zum Segen gereichen sollen.

Als erster Punkt steht eine Vorlage des Stadtrates über

Bereubung von Notstandsarbeiten

auf der Tagesordnung, über die bereits im Volksfreund des Adlers berichtet wurde. Es handelt sich zunächst um die Bereubung der MS zwischen der Hohlstraße und Anleiten mit einem zu erwartenden Kostenaufwand von 180 000 Mark bei etwa 16 300 Erwerbslosenschichten.

Als weitere Notstandsarbeit ist die Errichtung eines Sodawasserwerks entlang dem Abwasserkanal von holländischen Kärmerer-Kreuz nach dem Rhein mit einem Kostenaufwand von 225 000 Mark bei 24 000 Erwerbslosenschichten vom Stadtrat beschloßen und weiterhin die Errichtung eines Dreiviertel des Gemeindefeldes an einer vom Badischen Staat durchzuführenden Notstandsarbeit, die Verlagerung des Rheinbrückenbauwerkes unterhalb von Maxau bis zur Abmündung mit 230 000 Mark für 25 000 Erwerbslosenschichten ausgesetzt.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß hierzu von der sozialdemokratischen Fraktion folgende Entschließung vorgelegt wird:

Der Bürgerausschuss der Landesbauaufsicht Karlsruhe erachtet es für eine dringende Notwendigkeit, durch Beschaffung von Notstandsarbeiten die große Notlage der zahlreichen Erwerbslosen zu lindern. Durch die Errichtung der Rheinbrücke bei Maxau vom Beginn der Erdbehebungsarbeiten zur Errichtung des Bahnhofs und Hochdammes könnte einer größeren Zahl von Arbeitslosen Brot durch Arbeit gegeben werden. Die Stadtverwaltung Karlsruhe ist auch bereit, ihren Kostenanteil zur Errichtung der Brücke für diese Erdbehebungsarbeiten sofort auszubringen. Hierdurch würde weder vom Reich, noch einer anderen Stelle bare Mittel gefordert, sondern lediglich die Zustimmung und der gute Wille zum Abschluß der notwendigen vertraglichen Bestimmungen erforderlich.

Die Notlage der Erwerbslosen verlangt gehobenermaßen Hilfe und kann diese auch bei gutem Willen aller Beteiligten abgebracht werden, so daß in kürzester Zeit mit den Erdbehebungsarbeiten begonnen werden könnte. Der Bürgerausschuss hofft daher bestimmt, daß die Reichsregierung, gemäß der gegebenen Verpflichtung, mit dazu beiträgt, das mit den Vorarbeiten zur Errichtung der Maxauer Rheinbrücke bedingt begonnene werden kann und hierdurch die Notlage unserer Erwerbslosen einigermaßen abgemildert wird.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt, daß die Stadtverwaltung bereits verschiedentlich Schritte in dieser Hinsicht getan habe. Er empfiehlt jedoch den kommenden Rednern, auf den Inhalt der Entschließung einzugehen.

Außerdem legt die kommunistische Fraktion einige Anträge zur Vorlage vor.

Der Obmann des Stadtratsvorsitzenden Stadtr. Kullmann (Nat.Soz.) erklärt, daß der Stadtratsvorsitzende die Annahme der Vorlage empfiehlt. Derselbe erkennt an, daß die Stadt nach besten Kräften bemüht ist, Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wenn nicht mehr getan werden kann, so trägt die trostlose Finanzlage der Stadt Schuld daran.

Als erster Redner nimmt

Stadtr. Erb (Soz.)

das Wort. Derselbe erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage im Prinzip zustimme. Damit ist die Angelegenheit aber nicht erledigt. Es ist notwendig, dazu etwas Prinzipielles zu sagen in einem Sinne, daß jeder, gleichviel welcher Fraktion, dem zustimmen kann. Auf eine Eingabe einer wirtschaftlichen Organisation wegen dieser Sache hat die Stadtverwaltung eine Antwort erteilt, in der sie alles aufgeschlüsselt, was sie in dieser Hinsicht bis jetzt getan hat mit dem Hinweis, daß sie es bis jetzt an nichts haben fehlen lassen. Das genügt aber nicht. Es muß gesagt werden, daß die Stadt nach unserer Ansicht sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht so einsetzt hat, wie es notwendig wäre. Andere Städte, wie z. B. Durlach und Mannheim, haben in diesem Punkte entschieden mehr getan. Die Stadt war bisher in der Bewilligung von Mitteln nach unserer Meinung zu sehr zurückhaltend. Man kann die Arbeitslosigkeit nicht meistern, wenn die Notstandsarbeiten immer wieder monatlang aussetzen müssen. Die Stadt sollte in der Bewilligung von Mitteln für diesen Zweck nicht allzu zurückhaltend sein, sehr wenn sie gewisse Schuldenverbindungen damit übernimmt. Schwierigkeiten müssen damit einfach in Kauf genommen werden, das Leben für die Erwerbslosen ist eben auch schwer. Was zunächst

in Angriff genommen werden sollte, ist der Bau eines neuen Arbeitsamtes, da die Verhältnisse im jetzigen Arbeitsamt dringend Abhilfe erheischen. Dann sollte man endlich auch mal an den Bau des neuen Altersheims herangehen. Die unser barrenden Aufgaben sind gewiß schwer, aber die Fragen müssen eben gelöst werden. Am Schlusse seiner Ausführungen empfiehlt Redner den sozialdemokratischen Antrag zur Annahme.

Stadtr. Ziller (Nat.Soz.) stellt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage in Aussicht. Derselbe stimmt an, daß dieselbe nur gewissermaßen ein Anfang ist. Es darf nicht unversucht bleiben, um Arbeit zu schaffen, dazu gehört auch die Resolution wegen der Rheinbrücke. Redner verlangt davon, daß anstelle von Ueberstunden neue Arbeitskräfte eingestellt werden sollen. Ferner wendet sich derselbe gegen die Doppelverdiener. — Stadtrat Schwan (Str.) behauptet, daß bis jetzt nicht mehr getan werden konnte. Wir müssen unter allen Umständen Arbeit schaffen. Das ist besser wie Beihilfen zu geben. Redner kommt dann auf den kommunistischen Antrag im Stadtrat zu sprechen auf Gewährung von Winterbeihilfen, der eine Ausgabe von 780 000 M verurteilt hätte, wenn die Mittel überhaupt dafür vorhanden wären. Es hat sich gezeigt, daß der Weg der Ablehnung der richtige war, nachdem sich gezeigt hat, daß die Antragsteller nicht mehr zu ihrem Antrag stehen wollen. (Anruhe bei den Kommunisten.) — Stadtrat Wöring (Komm.) stimmt der Vorlage zu und setzt sich dafür ein, daß bei Notstandsarbeiten der tarifmäßige Lohn bezahlt wird.

Stadtr. Schulerz (Soz.) rednet zunächst erfolgreich mit den Kommunisten ab, die sich mit ihren Anträgen immer als politische Rindstöße betätigen. Sie bringen Anträge ein, von denen sie selbst wissen, daß sie unersetzlich sind. So auch ihre Anträge im Stadtrat für die Beschaffung der Mittel für die beschloßenen Winterbeihilfen, die a e l i c h sind, sind von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden. Diese Anträge wurden aber sowohl von den Kommunisten, wie auch von der Nationalsozialistischen abgelehnt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wendet sich Redner im wesentlichen gegen die nationalsozialistische Demagogie bei der Behandlung der heutigen Notstände in Deutschland. Die heutige Krise ist eine Weltwirtschaftskrise. (Nach diesen Worten legt ein von den Nationalsozialisten inszenierter Tumult ein, in dem die Worte des Redner zum Teil untergingen. Der nationalsozialistische Stadtrat Worch betätigte sich dabei als Hauptstreiter, indem er mit den Redner beleidigenden Schimpfworten um sich warf.) Redner fortfahrend: Der Weltkrieg hat eine Krise struktureller Art gebracht. Die Betriebe werden meist nur zu 40-50 Prozent ausgenutzt. Im Wahlkampf wurde von Seiten der Nationalsozialisten hauptsächlich mit der Tribulanz Deutschlands agitiert. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir eben einmal den Krieg verloren haben. (Neue Anruhe bei den Nazis. Zurufe „Dolchstoß“.) Der Dolchstoß ist ein Spitzbubenprodukt der Nationalsozialisten. Jedenfalls steht fest, daß die sog. Siegerstaaten auch eine Krise durchmachen. (Erneute Anruhe. Zurufe Frankreich.) Redner fortfahrend: Sowohl in Frankreich beginnt sich auch schon die Krise bemerkbar zu machen. Wir müssen jedenfalls alles aufbieten, um die Arbeiter wieder in die Betriebe hineinzubringen. Staat und Reich sollten mit einem ausgiebigen Arbeitsbeschaffungsprogramm eingreifen. Wir erwarten auch von der Stadt eine baldige Vorlage eines Programms, das Tausenden Arbeit und Brot gibt.

Stadtr. Kramer (Nat.Soz.) bringt allerhand ungereimten Unfug gegen die Sozialdemokratie vor, der nicht wert ist, registriert zu werden. Er stammt aus der Rüststammer der nationalsozialistischen Propaganda. Seine Hauptthesen waren: „Die Sozialdemokratie verkauft das Volk ans Ausland“, „Der Volksfreund wird von Juden ausgehalten“, „die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand und läßt ihn unter Geld den Finanzgiganten zu“. Am Schlusse seiner Ausführungen gab er Aufschluß darüber, warum die Nationalsozialisten im Stadtrat für die Winterbeihilfen gestimmt haben, obwohl sie mußten, daß die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Er lagte unter großer Heiterkeit, seine Fraktion hätte das deshalb getan, damit man sieht, daß die Nationalsozialisten etwas für die Erwerbslosen tun wollen. — Stadtr. Bauer (Verh.Gem.) stimmt namens der von ihm vertretenen Gruppen der Vorlage zu.

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Verkauf des alten Rathauses im Stadtteil Bulach an den katholischen Kirchenfonds.

Nach dem Stadtratsbeschlusse verkauft die Stadt die betreffende Gebäulichkeiten an den katholischen Kirchenfonds Karlsruhe-Bulach zum Preise von 15 000 M bei einem Steuerwert von 70 000 M. Nach dem Eingangsbeschlusse der Stadt für die Winterbeihilfen gestimmt haben, obwohl sie mußten, daß die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Er lagte unter großer Heiterkeit, seine Fraktion hätte das deshalb getan, damit man sieht, daß die Nationalsozialisten etwas für die Erwerbslosen tun wollen. — Stadtr. Bauer (Verh.Gem.) stimmt namens der von ihm vertretenen Gruppen der Vorlage zu.

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Verkauf des alten Rathauses im Stadtteil Bulach an den katholischen Kirchenfonds.

Nach dem Stadtratsbeschlusse verkauft die Stadt die betreffende Gebäulichkeiten an den katholischen Kirchenfonds Karlsruhe-Bulach zum Preise von 15 000 M bei einem Steuerwert von 70 000 M. Nach dem Eingangsbeschlusse der Stadt für die Winterbeihilfen gestimmt haben, obwohl sie mußten, daß die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Er lagte unter großer Heiterkeit, seine Fraktion hätte das deshalb getan, damit man sieht, daß die Nationalsozialisten etwas für die Erwerbslosen tun wollen. — Stadtr. Bauer (Verh.Gem.) stimmt namens der von ihm vertretenen Gruppen der Vorlage zu.

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Wöring hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Wöring noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des

